



Standard Eurobarometer 76

Herbst 2011

EUROPA 2020

BERICHT

Befragung: Herbst 2011

Veröffentlichung: März 2012

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation (DG COMM "Forschung und Verfassen von Reden") in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 76 / Herbst 2011 – TNS Opinion & Social

Standard Eurobarometer 76
Herbst 2011

EUROPA 2020

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der
Europäischen Kommission - Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission -
Generaldirektion Kommunikation

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	3
1. DIE BEDEUTUNG, DIE DEN INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020 BEIGEMESSEN WIRD	7
2. DIE MEINUNG DER BÜRGER ÜBER DIE ZIELVORGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020	11
3. PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR JEDE DER INITIATIVEN ..	15
3.1 Vorrangige Maßnahmen im Bereich Innovation	16
3.2 Vorrangige Maßnahmen im Bereich der Jugend	17
3.3 Vorrangige Maßnahmen im Bereich des Internet.....	18
3.4 Prioritäten im Bereich Energie.....	20
3.5 Prioritäten im Bereich Industrie	21
3.6 Prioritäten im Bereich Beschäftigung und Qualifikationen.....	22
3.7 Prioritäten im Bereich der Armutsbekämpfung.....	24
4. DIE RICHTUNG, IN DIE SICH DIE EUROPÄISCHE UNION ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE BEWEGEN SOLL	26

EINLEITUNG

Die von der Europäischen Kommission im März 2010 lancierte Strategie Europa 2020 hat es sich zum Ziel gesetzt, die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden und die europäische Wirtschaft bestmöglich für die Themen und Herausforderungen des Jahrzehnts 2010-2020 vorzubereiten¹. Diese Strategie soll helfen, den strukturellen Rahmen für diverse Initiativen zu schaffen, mithilfe derer die Voraussetzungen für ein innovatives, nachhaltiges und integratives europäisches Wirtschaftswachstum begünstigt und verstärkt werden können.

Seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2010 (EB73) wird die Einschätzung der Strategie Europa 2020 von Seiten der europäischen Bürger regelmäßig gemessen. Dies ermöglicht es mittlerweile, die verschiedenen Indikatoren mit größerem Abstand zu beurteilen und exakter zu analysieren, wie sich die öffentliche europäische Meinung zu diesem Thema entwickelt.

In dem vorliegenden Standard-Eurobarometer 2011 (EB76) wird die Einschätzung der Strategie Europa 2020 durch die öffentliche europäische Meinung durch vier Indikatoren erfasst: Zuerst einmal geht es um die Bedeutung, die die europäischen Bürger den sieben von der Europäischen Kommission im Rahmen der Strategie 2020 definierten Initiativen beimessen. Anschließend wird ermittelt, ob die Bürger die von der Europäischen Union festgelegten Zielsetzungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 für realistisch halten. In einem dritten Schritt werden die Bürger befragt, welche der 21 Maßnahmen im Rahmen der jeweils sieben Leitinitiativen ihrer Ansicht nach Vorrang haben sollten oder nicht. Wenn die befragten Bürger dann mit den Zielvorgaben und den diversen, im Rahmen der Strategie Europa 2020 geplanten Maßnahmen vertraut sind, werden sie gebeten zu entscheiden, ob der Weg, den die Europäische Union eingeschlagen hat, um die Krise zu bewältigen und den weltweiten Herausforderungen zu begegnen, ihrer Ansicht nach positiv oder negativ zu beurteilen ist.

Der Gesamtbericht des Standard-Eurobarometers vom Herbst 2011 setzt sich aus vier Teilberichten zusammen. Im ersten Teil werden die Ergebnisse der historischen Indikatoren des Standard-Eurobarometers analysiert. In den drei weiteren Teilen wird die aktuelle Meinung der EU-Bürger zu folgenden Themen vorgestellt: die Finanz- und Wirtschaftskrise; die Strategie Europa 2020; die medialen Gewohnheiten in der europäischen Union. Der vorliegende Bericht ist der Strategie Europa 2020 gewidmet.

Die allgemeine Analyse sowie die soziodemografischen Analysen beruhen auf den Durchschnittswerten der 27 Mitgliedstaaten. Diese Durchschnittswerte sind gewichtet, um die tatsächliche Bevölkerung jedes Mitgliedstaats widerzuspiegeln. Die für die vorhergehenden Jahre ermittelten Durchschnittswerte stellen die Ergebnisse so dar, wie sie in den jeweiligen Mitgliedstaaten der Union in ihrer damaligen Zusammensetzung festgestellt wurden.

¹ http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

* * *

Als Methode wurde die Vorgehensweise für Eurobarometer-Umfragen der Generaldirektion Kommunikation (Referat « Forschung und politische Analyse ») angewendet. Im Anhang dieses Studienberichts finden sich technische Hinweise zu den von den Instituten des TNS Opinion & Social Netzwerks durchgeführten Befragungen. Darin sind zudem die Befragungsmodalitäten sowie die Konfidenzintervalle angeführt².

Die Website des Eurobarometers ist unter folgender Adresse abrufbar:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_de.htm

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Befragten in ganz Europa dafür bedanken, dass sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben. Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

² Die Ergebnistabellen sind im Anhang zu finden. Bitte beachten Sie, dass die Summe der in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Prozentsätze 100% übersteigen kann, wenn die befragte Person die Möglichkeit hatte, auf eine Frage mehrere Antworten zu geben.

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen sind:

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
EU15	«EU15-Länder» *
NEM12	«Neue Mitgliedstaaten»**
Eurozone	Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Finnland, Estland, Republik Zypern
Nicht-Eurozone	Bulgarien, Tschechische Republik, Dänemark, Litauen, Lettland, Ungarn, Polen, Rumänien, Schweden, Vereinigtes Königreich
WN/KA	Weiß nicht/Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern***
CY (tcc)	Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SL	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien****
IS	Island
ME	Montenegro

* Die «EU15-Länder» sind die 15 Länder, die der Europäischen Union vor den Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 beigetreten sind. Dies sind Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

** Die «NEM12» sind die 12 «Neuen Mitgliedstaaten», die der Europäischen Union im Rahmen der Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 beigetreten sind. Es handelt sich hierbei um Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, die Republik Zypern, Litauen, Lettland, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.

***Zypern als Ganzes ist einer der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der „gemeinschaftliche Besitzstand“ („*acquis communautaire*“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-

Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews wurden unter der Kategorie „CY(tcc)“ ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community*, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft].

****Vorläufiger Code, der keinesfalls die definitive Nomenklatur für dieses Land vorgibt. Diese wird nach Abschluss der gegenwärtig bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen vereinbart.

1. DIE BEDEUTUNG, DIE DEN INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020 BEIGEMESSEN WIRD

- Die europäischen Bürger geben nach wie vor den sozialen und ökologischen Initiativen Vorrang -

Zuerst wurden die Befragten in der vorliegenden Umfrage gebeten, zur Bedeutung der sieben von der Europäischen Union im Rahmen der Strategie Europa 2020 definierten Initiativen Stellung zu nehmen³. Hierfür sollten sie jeder Initiative eine Note zwischen 1 und 10 zuweisen, wobei 1 für «Überhaupt nicht wichtig» und 10 für «Sehr wichtig» steht. Anschließend wurden die Prozentsätze in drei Antwortkategorien zusammengefasst: «Wichtig» für die Noten 7 bis 10, «Mäßig wichtig» für die Noten 5 und 6 sowie «Nicht wichtig» für die Noten 1 bis 4. Dieselbe Frage wurde schon im Rahmen der Umfrage für den Standard Eurobarometer im Frühjahr 2011 (EB75) sowie anlässlich des Standard-Eurobarometer im Frühjahr 2010 (EB73) gestellt.

Die hierbei wichtigste Erkenntnis liegt wohl darin, dass die Beurteilungen dieser sieben Leitinitiativen außerordentlich konstant geblieben sind. Wie schon im vorherigen Eurobarometer beobachtet, werden **sechs der sieben Initiativen von einer absoluten Mehrheit der europäischen Bürger als wichtig eingestuft**. Von diesen werden die sozialen und umweltbezogenen Maßnahmen an die Spitze der wichtigsten Initiativen gewählt und zwar noch vor den Maßnahmen in den Bereichen Bildung sowie denjenigen, die auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und auf Innovation abzielen. **Die Antworten, mit denen die Befragten die Wichtigkeit dieser Initiativen beurteilen, zeigen ein weiteres Mal, dass die öffentliche europäische Meinung von der Europäischen Union klare Schritte zur Bekämpfung der Krise erwartet.**

Näher betrachtet zeigt sich, dass mehr als drei Viertel der europäischen Bürger folgende Initiativen für wichtig halten: «Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben» (79%, stabil), «Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen» (78%, -1 Punkt) sowie «Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt» (75%, -1 Punkt).

³ QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Drei dieser Initiativen sind nach Ansicht der Befragten derart wichtig, dass ihre Umsetzung von Anteilen zwischen 60% und 70% der europäischen Bürger unterstützt wird: Es handelt sich um die «Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU» (70%, stabil), «Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Kompetenzen» (69%, +1 Punkt) sowie «Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte» (60%, stabil). Knapp hinter den sozialen und umweltbezogenen Maßnahmen werden also die Maßnahmen gewählt, mit denen das höhere Bildungswesen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovation und Forschung gefördert werden können.

Seitdem dieser Indikator in den Eurobarometer vom Frühjahr 2010 (EB73) aufgenommen wurde, sind diese drei Maßnahmen gegen Ausgrenzung, für Beschäftigung und für nachhaltige Entwicklung kontinuierlich auf die drei Spitzenplätze der wichtigsten Initiativen der Strategie Europa 2020 gewählt worden.

Diese Frage wird nunmehr zum dritten Mal im Eurobarometer gestellt. Das erste Mal erfolgte im Frühjahr 2010 (EB73), dann erneut im Frühjahr 2011 (EB75) und nun schließlich im Herbst 2011 (EB76). Wenn wir die Veränderungen betrachten, die sich bei jeder der Initiativen seit Frühjahr 2010 ergeben haben, stellen wir fest, dass zwischen den einzelnen Umfragen die Antworten auf diese Frage in hohem Maße stabil geblieben sind:

Nachdem die Anteile Befragter, die sich für die Bedeutung der Initiative **«Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben»** zwischen Frühjahr 2010 (EB73) von 76% auf 79% im Frühjahr 2011 (EB75) angestiegen sind, blieb das Niveau danach bis zum Herbst 2011 gleich.

Der Anteil europäischer Bürger, die die Initiative **«Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen»** als wichtig beurteilen, ist nach einem Anstieg um drei Punkte zwischen Frühjahr 2010 (76%) und Frühjahr 2011 (79%) bis zum Herbst 2011 leicht zurückgegangen (78%, -1 Punkt).

Die Auffassung, dass die Initiative **«Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt»** wichtig ist, hat zwischen dem Frühjahr 2010 (73%) und dem Frühjahr 2011 (76%) ebenfalls um drei Punkte zugelegt. Im Herbst 2011 hatte diese Initiative leicht an Unterstützung verloren (-1 Punkt, auf 75%).

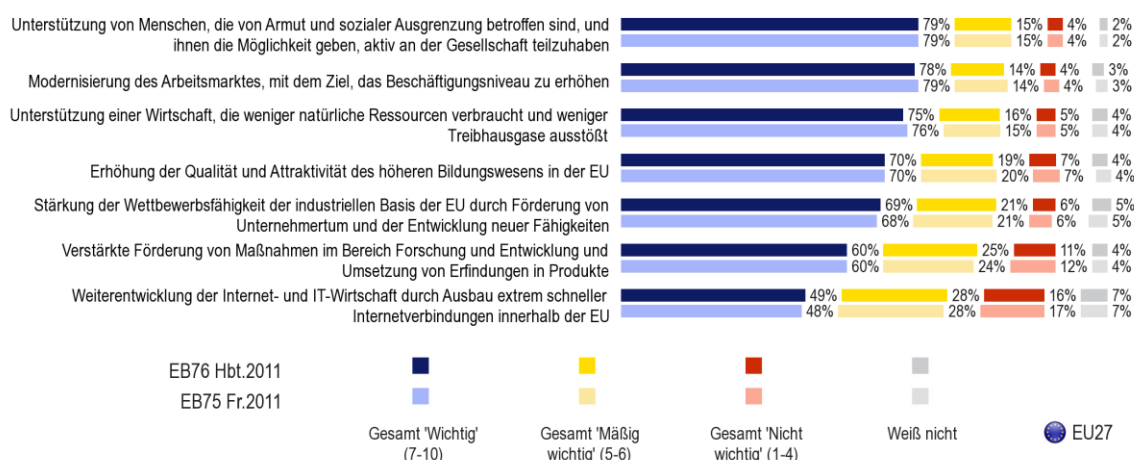
Die Initiative **«Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU»** wird wie schon im Frühjahr 2011 von 70% der europäischen Bürger als wichtig eingeschätzt. Zwischen Frühjahr 2010 und Frühjahr 2011 war dieser Wert um 3 Punkte angestiegen.

Die Unterstützung der Initiative **«Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten»** steigt um einen Punkt auf 69%, nachdem sie zwischen Frühjahr 2010 und Frühjahr 2011 stabil geblieben war.

Der Anteil befragter Personen, die innerhalb der Europäischen Union die Meinung vertreten, dass die Initiative **«Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte»** wichtig ist, bleibt seit Frühjahr 2011 stabil bei 60%. Dies nachdem der Wert zwischen EB73 (Frühjahr 2010) und EB75 (Frühjahr 2011) um einen Punkt leicht zugelegt hatte.

Die Initiative **«Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU»** wird seit Frühjahr 2010 auf europäischer Ebene von zunehmend vielen Bürgern als wichtig eingeschätzt (46% im Frühjahr 2010, 48% im Frühjahr 2011, +2 Punkte, sowie 49% im Herbst 2011, +1 Punkt). Diese Initiative bleibt allerdings die einzige, die nach Ansicht der Bürger eher von zweitrangiger Bedeutung ist. Geringfügig mehr als ein Viertel der befragten Europäer stufen diese Initiative als «Mäßig wichtig» (28%, stabil) ein, während 16% (-1 Punkt) sie als «Nicht wichtig» bezeichnen.

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



Wie wir schon im Eurobarometer vom Frühjahr 2011 feststellen konnten, vertritt eine absolute Mehrheit der Bürger in nahezu allen Mitgliedstaaten der Union die Ansicht, dass die ersten sechs Initiativen von großer Bedeutung sind und an diesen Werten hat sich auch nichts Nennenswertes verändert. Allerdings gibt es hierzu zwei Ausnahmen: Frankreich (48%) und das Vereinigte Königreich (46%). In diesen zwei Ländern spricht sich nur eine relative Mehrheit der Befragten dafür aus, dass eine **verstärkte Förderung im Bereich der Forschung und Entwicklung** von Bedeutung ist.

Im Bereich der **Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft** scheiden sich die länderspezifischen Meinungen wieder mehr. Wir beobachten allerdings einen erheblichen Unterschied zwischen den Befragten der NEM12, in denen eine absolute Mehrheit der Bürger davon überzeugt ist, dass die Weiterentwicklung der IT-Wirtschaft sowie des Breitbandinternets von großer Bedeutung sind (58%), und jenen der EU15, in denen diese Mehrheit nur relativ ausfällt (47%). Eine genauere Analyse der einzelnen Länder zeigt darüber hinaus, dass diese Maßnahme von einer absoluten Mehrheit der befragten Personen in 15 der 27 Mitgliedstaaten als wichtig angesehen wird. Es handelt sich hierbei um Irland (68%), Griechenland (65%), die Slowakei (64%), Litauen (64%), Slowenien (63%), Bulgarien (60%), Polen (59%), Rumänien (58%), Zypern (57%), Malta (57%), Ungarn (56%), Spanien (56%), Italien (55%), Portugal (55%) sowie Lettland (54%).

QB1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist. Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben

	Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben	Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen	Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt	Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten	Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte	Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU
EU27	79%	78%	75%	70%	69%	60%	49%
BE	83%	81%	77%	72%	68%	61%	45%
BG	86%	87%	86%	76%	86%	69%	60%
CZ	76%	88%	75%	68%	76%	64%	48%
DK	71%	77%	78%	78%	72%	71%	34%
DE	85%	82%	86%	84%	64%	66%	49%
EE	75%	76%	70%	66%	71%	52%	48%
IE	85%	85%	75%	77%	80%	72%	68%
EL	91%	91%	84%	84%	83%	73%	65%
ES	88%	85%	79%	83%	73%	69%	56%
FR	75%	69%	73%	62%	66%	48%	33%
IT	71%	72%	69%	58%	69%	56%	55%
CY	91%	92%	83%	86%	87%	62%	57%
LV	85%	90%	73%	75%	83%	60%	54%
LT	84%	82%	81%	74%	79%	64%	64%
LU	83%	71%	74%	73%	74%	56%	34%
HU	83%	85%	82%	67%	79%	69%	56%
MT	89%	84%	83%	85%	71%	66%	57%
NL	82%	80%	78%	72%	73%	60%	47%
AT	73%	75%	80%	75%	61%	59%	49%
PL	76%	77%	69%	64%	65%	56%	59%
PT	84%	85%	75%	74%	73%	66%	55%
RO	81%	83%	75%	73%	73%	67%	58%
SI	91%	94%	84%	69%	88%	72%	63%
SK	84%	93%	82%	77%	82%	67%	64%
FI	88%	88%	81%	71%	83%	62%	47%
SE	88%	81%	92%	80%	77%	76%	27%
UK	72%	71%	64%	54%	59%	46%	39%
Höchster Prozentsatz per Land				Niedrigster Prozentsatz per Land			
Höchster Prozentsatz per Nennung				Niedrigster Prozentsatz per Nennung			

2. DIE MEINUNG DER BÜRGER ÜBER DIE ZIELVORGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020

- Die Ziele der Strategie Europa 2020 werden von einer Mehrheit der europäischen Bürger als realistisch eingeschätzt -

Nachdem nun die Hierarchie der verschiedenen Initiativen in Abhängigkeit von ihrer Bedeutung feststeht, haben wir die europäischen Bürger gebeten, Auskunft darüber zu geben, inwieweit sie die von der Europäischen Union im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegten Ziele für realistisch halten. Zu diesem Zweck sollten sie die Initiativen nach drei Kriterien beurteilen: «Zu ehrgeizig», «Ungefähr angemessen» oder «Zu bescheiden».

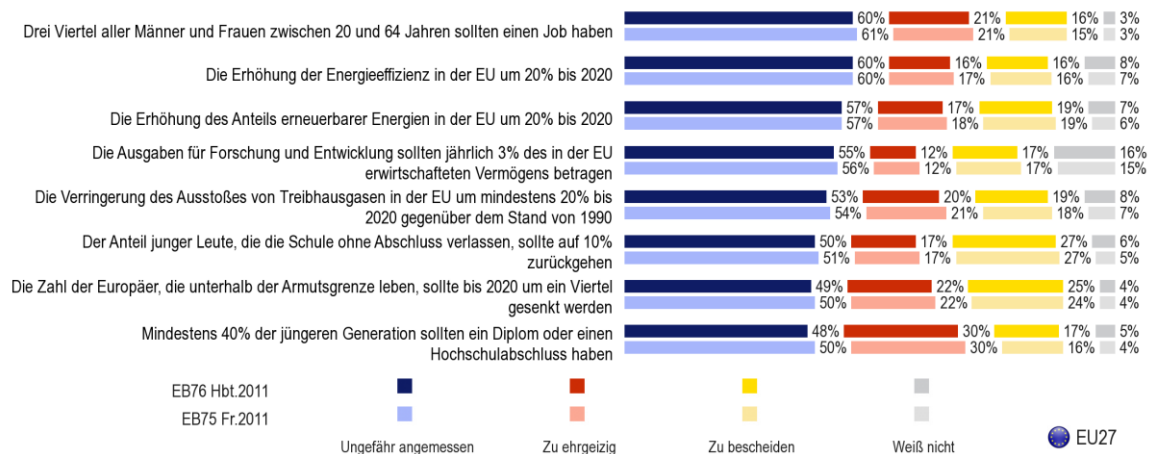
Eine große Mehrheit der europäischen Bürger bewertet die vorgeschlagenen Ziele als «Ungefähr angemessen». In erster Linie werden sechs von acht Zielen von einer absoluten Mehrheit der Befragten als realistisch eingestuft, wobei die Spanne zwischen 50% für das Ziel «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen» und 60% für die Ziele «Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben» sowie «Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020» liegt. Wenn wir die Ergebnisse genauer betrachten, liegen die sonstigen Ergebnisse in folgendem Bereich: «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020» erhält einen Anteil von 57%; «Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen» erhält 55%; «Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990» erhält 53%.

Zwei der acht Ziele erreichen darüber hinaus eine breite relative Mehrheit und verfehlen dabei knapp die absolute Mehrheit: «Die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden» (49%) und «Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben» (48%).

Im Vergleich zum Eurobarometer des Frühjahrs 2011 beobachten wir einen leichten Rückgang der Werte insgesamt, da der Anteil der Bürger, die diese Ziele für realistisch halten, bei dem einen Ziel um zwei Punkte und bei fünf Zielen um einen Punkt zurückgegangen und bei den zwei verbliebenen Zielen stabil geblieben ist.

Es ist allerdings wichtig festzustellen, dass - wie schon anlässlich der letzten Umfrage beobachtet - eine Mehrheit der europäischen Bürger alle Ziele als «Ungefähr angemessen» einschätzt, d.h. die Bürger bewerten alle Leistungsziele der Strategie Europa 2020 als realistisch und realisierbar⁴.

QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



Wenn wir die Entwicklungen untersuchen, die sich zu dieser Frage seit Frühjahr 2010 ergeben haben, lässt sich eine generelle Tendenz feststellen: Zunächst einmal wird deutlich, dass die Wahrnehmung der Bürger, dass es sich hierbei um realistische Ziele handele, für alle abgefragten Ziele zwischen dem EB Standard vom Frühjahr 2010 (EB73) und der Herbstumfrage 2010 (EB74) gesunken ist. Darüber hinaus sind die Anteile Befragter, die diese Meinung vertreten, zwischen Herbst 2010 und Frühjahr 2011 bei zwei von acht Zielen angestiegen bzw. stabil geblieben, und zwar für: «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020» sowie «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen». Dies bevor die Werte, wie schon angemerkt, erneut für sechs von acht Zielen gesunken sind. Schließlich ist der Anteil europäischer Bürger, die die verschiedenen Ziele der Strategie Europa 2020 als «Ungefähr angemessen» bezeichnen, seit Frühjahr 2010 für vier Ziele um drei Punkte und mehr zurückgegangen, und für drei Ziele zwischen einem bis zwei Punkte. Für nur eines der Ziele sind die Werte stabil geblieben.

⁴ QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist?

Entwicklung der wahrgenommenen Relevanz der Ziele seit EB Standard Frühjahr 2010

Ziele des Fragenkatalogs: % «Ungefähr angemessen»	EB73 (Frühj. 2010)	EB74 (Herbst 2010)	Entw. Herbst 2010- Frühj.2010	EB75 (Frühj. 2011)	Entw. Frühj.2011- Herbst 2010	EB76 (Herbst 2011)	Entw. Herbst2011- Frühj.2011	Entw. Herbst2011- Frühj.2010
Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben	63%	59%	-4	61%	+2	60%	-1	-3
Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen	56%	54%	-2	56%	+2	55%	-1	-1
Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990	55%	53%	-2	54%	+1	53%	-1	-2
Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020	58%	57%	-1	57%	=	57%	=	-1
Die Erhöhung der Energie-effizienz in der EU um 20% bis 2020	60%	59%	-1	60%	+1	60%	=	=
Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen	53%	51%	-2	51%	=	50%	-1	-3
Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben	52%	48%	-4	50%	+2	48%	-2	-4
Die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden	53%	48%	-5	50%	+2	49%	-1	-4

Die Ziele «Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben» sowie «Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen» werden von einer Mehrheit aller befragten Personen in allen Mitgliedstaaten der Union als realistisch eingestuft (Antwort «Ungefähr angemessen» von 60% bzw. 55%), ohne dass länderspezifische Besonderheiten auffallen. Wir stellen allerdings fest, dass auf Zypern die öffentliche Meinung bezüglich des Ziels, drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben, gespalten ist: 35% der Befragten erklären, dass es sich hierbei um ein realistisches Ziel handelt, während 33% die Ansicht vertreten, dass dieses Ziel «Zu bescheiden» ist.

Die drei umweltbezogenen Ziele werden von einer Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten der Union als realistisch bewertet, allerdings sprechen sich in Belgien, Schweden und Österreich deutlich höhere Anteile der Bevölkerung als im europäischen Durchschnitt dafür aus, dass diese Ziele «Zu bescheiden» sind. Das Ziel «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020» erscheint beispielsweise einem Anteil von 32% der Befragten in Belgien und Österreich und einem Anteil von 37% in Schweden als zu bescheiden, wobei der europäische Durchschnitt bei 19% liegt. In Schweden ist die öffentliche Meinung in Hinsicht auf das Ziel «Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%» besonders dezidiert, da sich nur in diesem Land ein Verhältnis der Meinungen zueinander ergibt, bei dem sich der Anteil Bürger, die dieses Ziel als realistisch einschätzen und der Anteil der Bürger, die es zu bescheiden finden (44% im Vergleich zu 40%), nahezu die Waage hält. Schließlich erklärt ein Anteil von 29% der befragten Personen in Österreich sowie von 28% in Belgien und Schweden, dass das Ziel «Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20% bis 2020» zu bescheiden ist. In der gesamten Europäischen Union liegt dieser Wert bei 16%.

Die schwedische und belgische öffentliche Meinung unterscheiden sich von der europäischen Tendenz auch dadurch, dass in diesen Ländern das Ziel «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen» besonders hoch geschätzt wird: Nur hier übersteigt der Anteil an Befragten, die erklären dieses Ziel sei zu bescheiden, den Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass es ein realistisches Ziel sei. Dies gilt insbesondere für Schweden (53% gegenüber 36%) und in nur sehr geringem Maße für Belgien (39% gegenüber 38%). Die französische Meinung fällt ebenfalls aus dem Rahmen und unterscheidet sich durch die im Vergleich zum europäischen Durchschnitt höheren Anteile an Befragten, die dieses Ziel einerseits als zu bescheiden (34%) und andererseits als zu ehrgeizig (25%) bezeichnen. Ein Anteil von 36% schätzt das Ziel als ungefähr angemessen ein.

Das Ziel, das darin besteht dafür zu sorgen, dass mindestens 40% einer Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben, wird von einer Mehrheit der befragten Personen in fünf Mitgliedstaaten als zu ehrgeizig bezeichnet. Dazu gehören Deutschland (55% gegenüber 33% für «Ungefähr angemessen»), Estland (49% gegenüber 38%), die Tschechische Republik (47% gegenüber 44%), Ungarn (44% gegenüber 43%) sowie Österreich (43% gegenüber 42%). In Schweden hingegen wird dieses Ziel in hohem Maße als zu bescheiden bewertet (69%). Dieselbe Meinung vertritt eine relative Mehrheit der Befragten in Dänemark (47%) sowie in Belgien (45%). In den übrigen Mitgliedstaaten der Union spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass es sich hierbei um ein realistisches Ziel handelt.

Das Ziel der Armutsbekämpfung wird in drei Mitgliedstaaten von knapp den meisten Befragten als «Zu bescheiden» eingestuft; und zwar in Schweden (44% gegenüber 42% für ungefähr angemessen), in Belgien (38% gegenüber 37%) sowie auf Zypern (34% gegenüber 30% für ungefähr angemessen und 33% für zu ehrgeizig). In Griechenland entfallen die meisten Nennungen auf die Antwort «Zu ehrgeizig», somit liegt diese Antwort gleichauf mit «Ungefähr angemessen».

3. PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR JEDE DER INITIATIVEN

- Beschäftigung Jugendlicher, Sozialschutz, Ausbildung und Förderung erneuerbarer Energieträger liegen an der Spitze der von den europäischen Bürgern als vorrangig angesehenen Maßnahmen -

Wie schon in den vorherigen Eurobarometern haben wir bei dieser Umfrage als nächstes die europäischen Bürger gebeten, sich dazu zu äußern, welche Maßnahmen im Rahmen der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 vorrangig umgesetzt werden sollten: Innovation, Jugend, Internet, Energie, Industrie, Beschäftigung und Ausbildung sowie Armutsbekämpfung. Für jeden dieser Bereiche wurden den Befragten drei Maßnahmen vorgeschlagen. Zuerst wurden die Befragten gebeten, die Maßnahme zu nennen, die ihrer Ansicht nach oberste Priorität hat (Erstens?), wobei hier nur eine Nennung möglich war. Als nächstes sollten sie die zweitrangigen Maßnahmen nennen (Und dann?), wobei hier die Möglichkeit mehrerer Nennungen bestand. Die Antworten auf beide Fragen wurden in einer Gesamtwertung zusammengefasst. Im vorliegenden Bericht analysieren wir beide Fragebewertungen.

Im Vergleich zu den vorherigen Eurobarometer-Berichten weisen die Ergebnisse ein hohes Maß an Stabilität auf. In den beiden vorherigen Umfragen vom Herbst 2010 (EB74) und vom Frühjahr 2011 (EB75) wurde deutlich, dass die europäische Bevölkerung die von der Europäischen Union vorgeschlagenen vordringlichen Maßnahmen zur Förderung der europäischen Innovation, zur Unterstützung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt, zur Förderung eines Internetzugangs für alle, zur Verbesserung der Effizienz des Energieverbrauchs, zur Förderung der europäischen Industrie, zur Verbesserung der Beschäftigung und Qualifikation der arbeitsfähigen Bevölkerung und zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in hohem Maße gutheißt. Hier kommt zum Ausdruck, in welchem hohem Maße konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Krise von der Bevölkerung erwartet wurden: Eine absolute Mehrheit der europäischen Bürger erklärt, dass von den 21 Maßnahmen des Fragenkatalogs 19 vorrangig umgesetzt werden sollten.

Die Rangordnung der 10 Maßnahmen bleibt im Vergleich zum Eurobarometer vom Frühjahr 2011 unverändert. **Angesichts dieser Hierarchie wird erneut deutlich, welche Prägnanz die sozialen Belange insbesondere im Bereich Beschäftigung – sowie in geringerem Maße im ökologischen Bereich - innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung haben.**

Von den 21 Maßnahmen des Fragenkatalogs, die nach Ansicht der Befragten von der Europäischen Union umgesetzt werden sollen, stufen die Bürger sechs als besonders dringlich ein⁵.

⁵ QB3-B9. Wenn Sie nun einmal an das Thema Innovation/junge Menschen/Internet/Energie/Industrie/Arbeitsplätze und Innovation/Armut denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben?

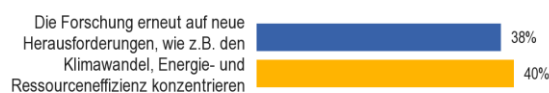
Es handelt sich hierbei um folgende Initiativen: die Zahl der Jugendbeschäftigung zu erhöhen (83% der Nennungen, der Wert ist im Vergleich zur vorherigen Umfrage stabil), die allgemeine Qualität aller Ausbildungsstufen zu verbessern (79% der Nennungen, -1 Punkt), die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer zu fördern (75%, -1 Punkt), den Menschen zu helfen, sich den neuen Arbeitsbedingungen und eventuellen alternativen Karrieremöglichkeiten besser anzupassen (74%, -1 Punkt), die Sozialschutzsysteme nachhaltig zu gestalten und den Zugang zum Gesundheitswesen zu erleichtern (74%, +1 Punkt) sowie schließlich die erneuerbaren Energiequellen zu fördern (73%, stabil).

3.1 Vorrangige Maßnahmen im Bereich Innovation

Im Bereich Innovation wählen die Bürger mit 38% der Nennungen (-2 Punkte im Vergleich mit EB75) die Maßnahme, mithilfe derer sich die Forschung auf neue Herausforderungen, wie den Klimawandel, die Energie- und Ressourceneffizienz konzentrieren soll, zur obersten Priorität der Union. In der Rangordnung der als am wichtigsten zu betrachteten Maßnahmen, liegt diese Initiative weiterhin deutlich vor einer Erhöhung der finanziellen Mittel der Forschung (28%, stabil) und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern (27%, +2 Punkte).

Wenn wir die Ergebnisse miteinander verknüpfen, dann verringert sich der Abstand in der Rangordnung der Ergebnisse und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern wird auf den zweiten Platz gewählt. Interessanter als die Rangfolge selbst ist, dass nahezu sechs von 10 europäischen Bürgern oder mehr der Meinung sind, die drei Maßnahmen des Fragenkatalogs sollten vorrangig umgesetzt werden.

QB3a. Wenn Sie nun einmal an das Thema Innovation denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

QB3T. Prioritäten der EU (Innovation)



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

Während sich in beiden Ländergruppen die Befragten in erster Linie für die Maßnahme entscheiden, mithilfe derer sich die Forschung auf neue Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz konzentrieren soll, stellen wir fest, dass die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern in den Ländern der Eurozone deutlich häufiger genannt wird (66%) als in den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören (58%).

Die generell den umweltbezogenen Themen gegenüber sehr aufgeschlossenen Bürger der nördlichen Mitgliedstaaten (63% in Schweden, 57% in Dänemark und 55% in Finnland) sowie die Befragten in Deutschland (51%) gehören zu denjenigen Befragten, die am häufigsten als *oberste Priorität* im Bereich der Innovationspolitik die Maßnahme wählen, die Forschung solle sich erneut auf neue, umweltbezogene Herausforderungen konzentrieren. Die diesbezüglichen Nennungen übersteigen 50%. Dies gilt ebenfalls für Zypern (61%) und die Slowakei (53%).

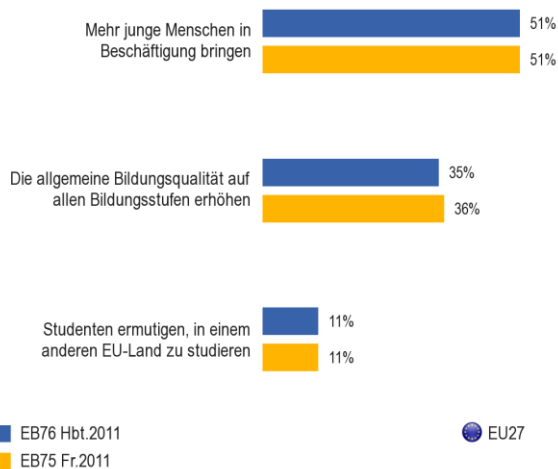
Spanien und Rumänien unterscheiden sich von den anderen Mitgliedstaaten dadurch, dass in beiden Ländern eine Erhöhung der finanziellen Mittel der Forschung als *oberste Priorität* genannt wird (Spanien 42%; Rumänien 32%). Dies gilt auch für Lettland, hier liegt diese Maßnahme allerdings gleichauf mit der Maßnahme, die Forschung auf die neuen umweltbezogenen Herausforderungen zu konzentrieren (34%). Die italienischen Bürger sind schließlich die einzigen, die als oberste Priorität im Bereich der Innovationspolitik eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern wählen (35%).

3.2 Vorrangige Maßnahmen im Bereich der Jugend

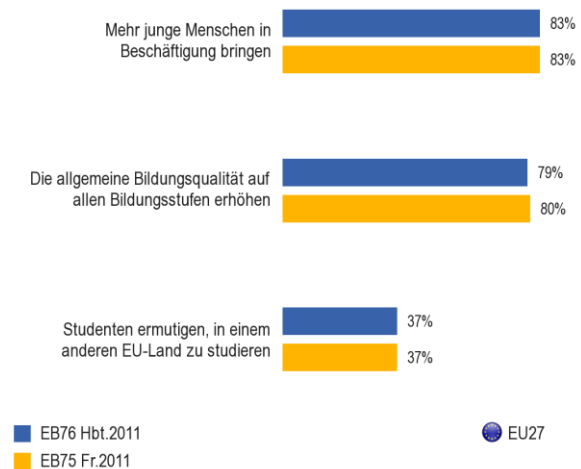
Was die Jugendpolitik anbelangt, bleiben die Einschätzungen der Bürger sehr stabil. Die europäische öffentliche Meinung sieht in der Förderung der Beschäftigung junger Menschen in diesem Bereich die wichtigste Priorität. Mit 51% der *Nennungen bei der Frage nach der obersten Priorität* (stabil), wird deutlich, dass die Maßnahme, mehr junge Menschen in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen, deutlich häufiger genannt wird als die Initiative, die allgemeine Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen zu erhöhen (35%, -1 Punkt) oder in erheblichem Maße häufiger als die Studenten zu ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren (11%, stabil). Von den 21 Maßnahmen des Fragenkatalogs ist **„Mehr junge Menschen in Beschäftigung bringen“ die einzige, die schon bei der Frage nach der ersten Wahl eine absolute Mehrheit der Nennungen auf sich vereinen kann.** Dies gilt für 12 Mitgliedstaaten.

Wenn wir die Antworten in ihrer Gesamtheit betrachten, zeigt sich, dass als vorrangig durchzuführende Maßnahmen jene gewählt werden, die zugunsten der Beschäftigung junger Menschen (83%, stabil) und der allgemeinen Bildungsqualität (79%, -1 Punkt) ausfallen. Diese Antwort liegt noch vor der Förderung der Mobilität der Studenten (37%, stabil). Letztere Maßnahme gehört darüber hinaus zu denjenigen zwei der 21 Maßnahmen des Fragenkatalogs, die keine mehrheitliche Unterstützung bei den Gesamtnennungen erreichen. Das zeigt, dass diese Maßnahme von der öffentlichen Meinung als eher zweitrangig bewertet wird.

QB4a. Wenn Sie an junge Menschen denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



QB4T. Prioritäten der EU (Junge Menschen)



Wie wir schon im Rahmen des Standard Eurobarometer 75 im Frühjahr 2011 feststellen konnten, wählen die Befragten der EU15 häufiger die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen (80%, im Vergleich zu 74% in den NEM12), während sich die befragten Personen in den NEM12 erheblich häufiger dafür aussprechen, die Studenten zu ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren (46%, im Vergleich zu 34% in den EU15-Ländern). Allerdings bleibt die Rangordnung der drei vorrangig zu ergreifenden Maßnahmen in beiden Ländergruppen gleich.

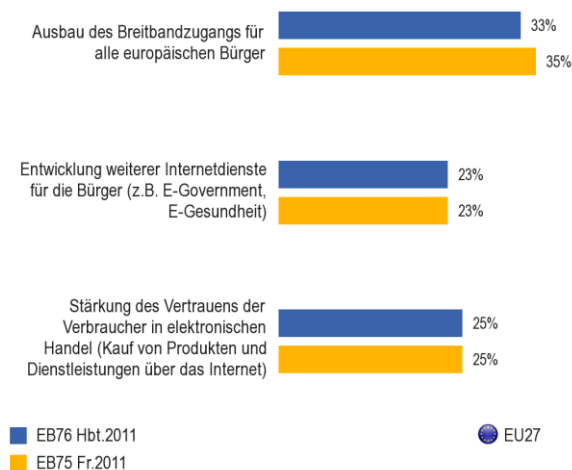
Bulgarien, Lettland, Luxemburg und die Niederlande sind die einzigen Mitgliedstaaten, in denen die befragten Personen als *oberste Priorität* die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen wählen. Dies gilt ebenfalls für Malta, hier liegt diese Maßnahme allerdings gleichauf mit der Maßnahme, mehr junge Menschen in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. In allen anderen Mitgliedstaaten liegt die letztere an erster Stelle. In 11 Mitgliedstaaten erhält diese Antwort gleich bei der Frage nach der ersten Wahl sogar mehr als 50% der Nennungen, wobei die höchsten Werte in Finnland (62%), Ungarn (60%), Polen (59%) und dem Vereinigten Königreich (57%) ermittelt werden.

3.3 Vorrangige Maßnahmen im Bereich des Internets

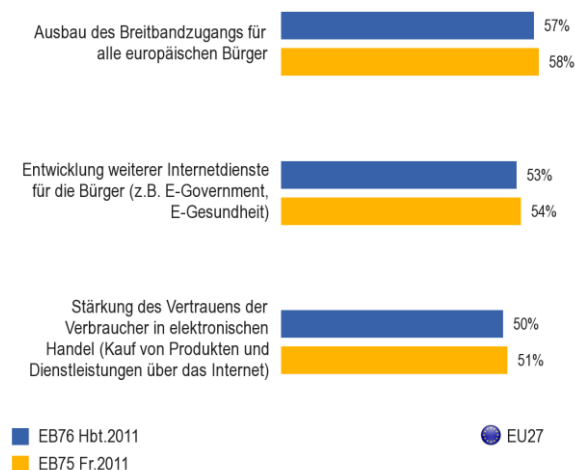
Die vorrangig von der EU im Bereich Digitalpolitik zu ergreifende Maßnahme ist nach Ansicht der Bürger der Ausbau des Breitbandzugangs. Mit 33% der Nennungen (-2 Punkte) wird diese Maßnahme als *oberste Priorität* genannt, noch vor der Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den elektronischen Handel (oder "E-Handel") (25%, stabil) sowie die Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger (23%, stabil). Die Reihenfolge, in welcher diese Maßnahmen genannt werden, ist unterdessen seit dem Standard-Eurobarometer 75 vom Frühjahr 2011 unverändert geblieben.

Wenn wir die Rangordnung der zusammengefassten Antworten betrachten, wird deutlich, dass eine Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht ist, diese Maßnahmen sollten vorrangig umgesetzt werden, wobei der Ausbau des Breitbandzugangs nach wie vor an erster Stelle genannt wird und auf den zweiten Platz die Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger gewählt wird.

QB5a. Wenn Sie an das Thema Internet denken, was sollte da Ihrer Meinung nach für die EU Vorrang haben? Erstens?



QB5T. Prioritäten der EU (Internet)



Wir stellen fest, dass es bei den Befragten in den Ländern der Eurozone eine stärkere Neigung gibt, die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den elektronischen Handel als Priorität der Europäischen Union zu nennen als bei den Befragten in den Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone (53% im Vergleich zu 44%). In beiden Ländergruppen wird allerdings an die Spitze der Prioritätenliste der Ausbau des Breitbandzugangs gewählt.

Der Ausbau des Breitbandzugangs ins Internet liegt in 15 Mitgliedstaaten der Union an der Spitze der Nennungen bei der *ersten Wahl*, wobei die höchsten Werte in Polen (47%), Slowenien (44%), Ungarn (43%) und Dänemark (43%) gemessen werden. Das gilt auch für Irland und Lettland. In diesen Ländern liegt die Maßnahme allerdings gleichauf mit der Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger.

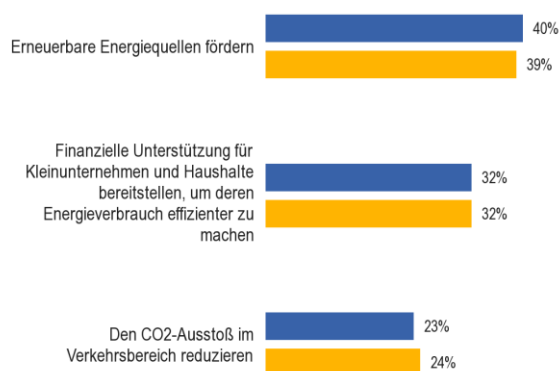
Die Entwicklung weiterer Internetdienste für die Bürger wird in Belgien, Estland, Luxemburg, Bulgarien, Rumänien und Malta als höchste Priorität genannt.

Die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den elektronischen Handel wird in vier Mitgliedstaaten als oberste Priorität angesehen, und zwar in Deutschland, Italien, Portugal und auf Zypern.

3.4 Prioritäten im Bereich Energie

Die Meinungen zu der Frage, welche Maßnahmen im Energiebereich umzusetzen sind, zeigen eine große Stabilität. Die Förderung erneuerbarer Energiequellen wird nach wie vor als oberste Priorität eingestuft, die es nach Auffassung der EU-Bürger im Bereich der Energiepolitik von der Union umzusetzen gilt. Diese Maßnahme wird nicht nur bei der Frage nach der *ersten Wahl* am häufigsten genannt (40%, +1 Punkt), sie erhält auch insgesamt die meisten Antworten (73%, stabil). Die finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen, wird mit Anteilen von 32% (stabil) bzw. 64% (+1 Punkt) der Nennungen auf den jeweils zweiten Platz der beiden Ranglisten gewählt. Den dritten Rang nimmt schließlich die Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich ein. Diese Maßnahme wird von 23% der europäischen Bürger als *erste Wahl* genannt (-1 Punkt) und von 60% insgesamt (-1 Punkt). In Bezug auf die Dringlichkeit ihrer Umsetzung erhalten die drei Maßnahmen demzufolge insgesamt eine absolute Mehrheit der Nennungen.

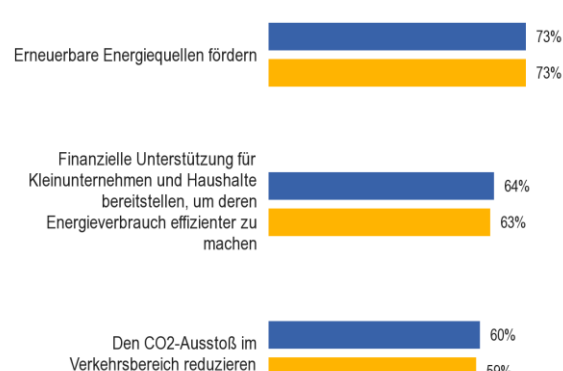
QB6a. Wenn Sie an das Thema Energie denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

QB6T. Prioritäten der EU (Energie)



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

Die befragten Bürger der EU15 entscheiden sich in besonders hohem Maße für die Förderung der erneuerbaren Energien als *oberste Priorität*. An nächster Stelle wählen sie die finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen (42% im Vergleich zu 31%), während die befragten Personen in den NEM12 die entgegengesetzte Wahl treffen, d.h. 36% der Nennungen entfallen hier auf die Subventionen für Haushalte und Unternehmen und 31% auf die Förderung der erneuerbaren Energien.

Die Förderung erneuerbarer Energien wird in 17 Mitgliedstaaten der EU an die Spitze der Liste der *obersten Priorität* gesetzt und übersteigt bereits bei der ersten Wahl die 50%-Marke in den Niederlanden (62%), in Dänemark (62%), Schweden (55%), Deutschland (55%) sowie in Finnland (54%).

Erneut stellen wir fest, dass die öffentliche europäische Meinung dieser Länder hinsichtlich umweltbezogener Themen in hohem Maße sensibilisiert ist.

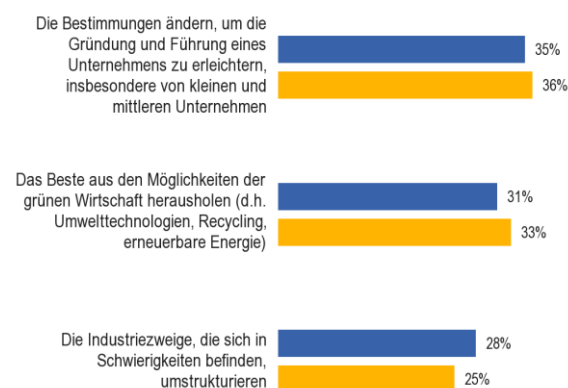
Die Bereitstellung einer finanziellen Unterstützung für Haushalte und Kleinunternehmen wird in neun Mitgliedstaaten bei der Wahl der *obersten Priorität* als erste der Maßnahmen genannt, die nach Ansicht der Bürger von der EU im Bereich Energiepolitik umgesetzt werden sollte. Es handelt sich hierbei um Lettland (49%), Irland (47%), Malta (41%), die Tschechische Republik (40%), die Slowakei (38%), Italien (36%), Polen (36%), Rumänien (35%) sowie Bulgarien (35%). Mit jeweils 36% der Nennungen werden schließlich in Ungarn beide Maßnahmen gleichermaßen als *oberste Priorität* genannt.

3.5 Prioritäten im Bereich Industrie

Die Erleichterung der Unternehmensgründung und -führung durch eine Änderung von Bestimmungen hat bei den EU-Bürgern im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik weiterhin *oberste Priorität*. Ein Anteil von 35% entscheidet sich für diese Maßnahme als erste Wahl (-1 Punkt) und 68% wählen sie insgesamt (-2 Punkte). Mit 31% der Nennungen bei der ersten Wahl (-2 Punkte) und 62% insgesamt (-1 Punkt) folgt der Wunsch, dass die Union die Möglichkeiten grüner Wirtschaft bestmöglich nutzen soll. Diese Initiative liegt damit nahezu gleichauf mit der Erleichterung der Unternehmensgründung. Wir stellen fest, dass die Umstrukturierung von Industriezweigen, die sich in Schwierigkeiten befinden, für die EU-Bürger zunehmend ein Anliegen ist. Der Anteil, der diese Maßnahme als erste Wahl trifft, nimmt um drei Punkte zu (auf 28%) und erreicht insgesamt 60%. In der Wertung nähert sich diese Maßnahme dem Wunsch an, die EU sollte die Möglichkeiten grüner Technologie bestmöglich nutzen. Die Krise sensibilisiert offenbar die Menschen deutlich stärker für die Herausforderungen einer industriellen Umstrukturierung.

Unternehmensgründung, das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herauszuholen, industrielle Umstrukturierung: dies sind die drei Maßnahmen, denen die absolute Mehrheit der europäischen Bürger Priorität einräumt.

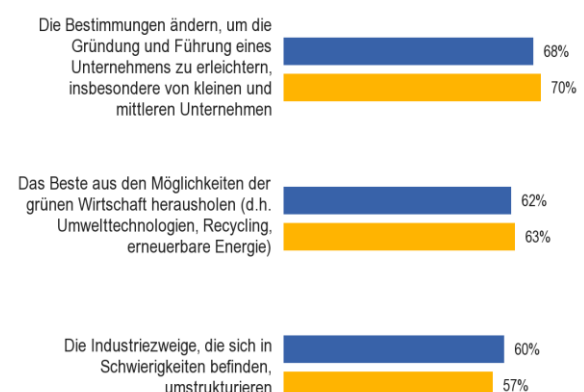
QB7a. Wenn Sie an das Thema Industrie denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

QB7T. Prioritäten der EU (Industrie)



■ EB76 Hbt.2011
■ EB75 Fr.2011

● EU27

Die Rangordnung, die sich in der Frage nach der ersten Wahl für die Initiativen abzeichnet, die sich die Bürger im Bereich Industriepolitik von der EU wünschen, unterscheidet sich stark zwischen der Eurozone und denjenigen Ländern, die nicht zur Eurozone gehören: In den Ländern der Eurozone wird die Entwicklung der grünen Wirtschaft häufiger genannt (35%) als die Erleichterung von Unternehmensgründungen (32%) sowie die Umstrukturierung von Industriezweigen, die sich in Schwierigkeiten befinden (28%); in den Ländern, die nicht zur Eurozone gehören, sehen die Bürger in der Erleichterung von Unternehmensgründungen die wichtigste Maßnahme (40%) und zwar mit deutlichem Abstand vor einer industriellen Umstrukturierung (27%) und einer möglichst optimalen Nutzung der Möglichkeiten, die umweltfreundliche Technologien bieten (25%).

Die Erleichterung von Unternehmensgründungen wird in 11 Mitgliedstaaten der EU an die Spitze der Maßnahmen gewählt, die *oberste Priorität* für die Bürger haben, wobei die höchsten Werte in Lettland (50%) sowie in Irland (48%) festgestellt werden.

Das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herauszuholen erreicht in neun Mitgliedstaaten den ersten Platz der Nennungen. In Dänemark (49%), Schweden (47%) und Deutschland (46%) stellen wir hierfür die höchsten Werte fest.

In fünf Mitgliedstaaten (hierzu gehören Portugal (40%), Griechenland (39%), Ungarn (36%), Italien (35%) und Malta (33%)) wird hingegen die industrielle Umstrukturierung von Industriezweigen, die sich in Schwierigkeiten befinden, als *oberste Priorität* angesehen. Bei der Umfrage des Standard Eurobarometer 75 vom Frühjahr 2011 war dies auf Malta und in Portugal noch nicht der Fall. Hieraus wird erneut ersichtlich, wie die Wirtschaftskrise die Erwartungen der Bürger in Bezug auf politische Unterstützung für Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden, verstärkt.

In Belgien schließlich erklärt ein gleich großer Anteil an Befragten (jeweils 35%), dass die EU als oberste Priorität einen optimalen Nutzen aus den Möglichkeiten der umweltfreundlichen Technologien ziehen sollte sowie Unternehmensgründungen unterstützen sollte. In Frankreich liegt die Rangordnung der obersten Priorität, die nach Ansicht der Bürger von der EU umgesetzt werden sollte, die Umstrukturierung von Industriezweigen gleichauf mit der Entwicklung einer „grünen“ Wirtschaft (jeweils 32%).

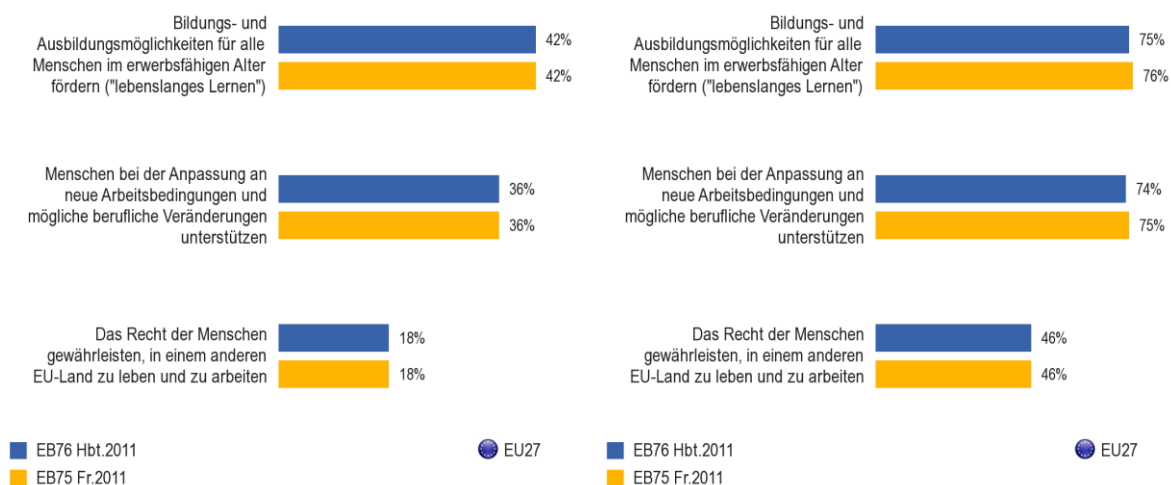
3.6 Prioritäten im Bereich Beschäftigung und Qualifikationen

In der Definition der Prioritäten im Bereich Beschäftigung und Qualifikation sind die Ansichten der EU-Bürger stabil geblieben. Die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter ist für die europäischen Bürger nach wie vor von höchster Priorität, wenn es darum geht, welche Maßnahmen von der Europäischen Union vorrangig umgesetzt werden sollten. Diese Initiative wird von einem Anteil von 42% als *erste Wahl* (stabil) und einem Anteil von 75% insgesamt (-1 Punkt) genannt.

In der Rangliste liegt sie knapp vor der Unterstützung der Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen, für die sich 36% (stabil) bzw. 74% (-1 Punkt) der Befragten entscheiden. Beide Maßnahmen werden von deutlich höheren Anteilen der Bevölkerung gewählt, als die Gewährleistung des Rechts der Menschen, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten. Hierfür sprechen sich 18% der Befragten bei der *ersten Wahl* aus (stabil) sowie 46% in der Gesamtwertung (stabil). Diese Maßnahme gehört zu jenen beiden Initiativen, die nicht von mehr als einem von zwei europäischen Bürgern unterstützt werden, dies könnte aber möglicherweise daran liegen, dass dieses Recht von einer breiten Mehrheit der EU Bürger als selbstverständlich angesehen wird.

QB8a. Wenn Sie an die Themen Arbeitsplätze und Qualifikationen denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?

QB8T. Prioritäten der EU (Arbeitsplätze und Qualifikationen)



Im Bereich Beschäftigungs- und Bildungspolitik gibt es in der Rangordnung der Maßnahmen, die sich die EU-Bürger von der EU wünschen, zwischen den EU15-Ländern und den NEM12 einen erheblichen Unterschied. Die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter ("lebenslanges Lernen") wird bei der Frage nach der *ersten Wahl* an die Spitze der Prioritäten der Bürger in den EU15-Ländern gewählt (46%) während diese Initiative in den NEM12 den zweiten Platz einnimmt (28%) und zwar weit abgeschlagen hinter der Unterstützung von Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen (42% im Vergleich zu 34% in den EU15-Ländern).

Die Förderung der Weiterbildungsmaßnahmen im gesamten arbeitsfähigen Alter wird in 13 Mitgliedstaaten der EU als *oberste Priorität* im Bereich Beschäftigungspolitik der EU genannt und übersteigt in Schweden (62%), Dänemark (56%), den Niederlanden (54%), dem Vereinigten Königreich (53%) und Deutschland (51%) bei der ersten Wahl die 50%-Marke.

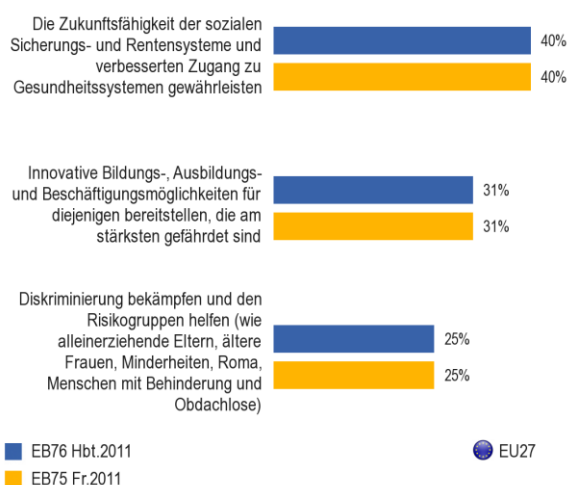
Die Einführung unterstützender Maßnahmen, um Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen zu helfen, wird in 14 Mitgliedstaaten der Union bei der Frage nach der ersten Wahl als oberste Priorität genannt, wobei es sich auf Zypern (54%) und in Ungarn (51%) um eine absolute Mehrheit handelt.

3.7 Prioritäten im Bereich der Armutsbekämpfung

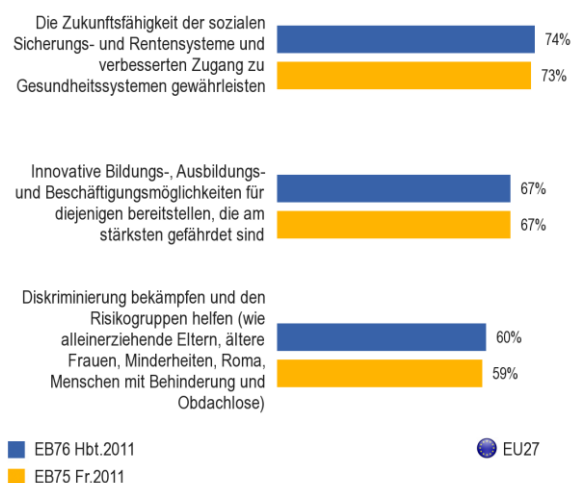
Alle Maßnahmen des Fragenkatalogs im Bereich Armutsbekämpfung werden in der Gesamtwertung von einer absoluten Mehrheit der europäischen Bürger als vorrangig bezeichnet. Die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme sowie einen verbesserten Zugang zu den Gesundheitssystemen zu gewährleisten liegt sowohl in der Rangfolge der *erstgenannten Antworten* (40%, stabil), als auch in der Gesamtwertung (74%, +1 Punkt) auf dem obersten Platz. Den zweiten Platz erhält die Initiative, die helfen soll, denjenigen innovative Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, die am stärksten gefährdet sind. Ein Anteil von 31% der europäischen Bürger sehen hierin die *oberste Priorität* (stabil), in der Gesamtwertung beträgt dieser Anteil 67% (stabil). Der Kampf gegen Diskriminierung erhält bei der Frage nach der *ersten Wahl* 25% der Nennungen (stabil) und insgesamt 60% der Nennungen (+1 Punkt) und liegt damit auf dem dritten Platz.

Auch wenn in beiden Ländergruppen die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und der verbesserte Zugang zu Gesundheitssystemen auf den ersten Platz der wichtigsten, von der EU umzusetzenden Maßnahmen gewählt wird, stellen wir in den NEM12 (46%) einen deutlich höheren Anteil fest, als in den EU15-Ländern (38%). In 22 Mitgliedstaaten der EU wird die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und der verbesserte Zugang zu Gesundheitssystemen als oberste Priorität genannt und erhält in den baltischen Staaten (Lettland (54%), Estland (53%), Litauen (52%)), Slowenien (51%), der Slowakei (51%) und Schweden (51%) schon bei der Frage der *ersten Wahl* mehr als 50% der Nennungen.

QB9a. Wenn Sie an das Thema Armut denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



QB9T. Prioritäten der EU (Armut)



In vier Mitgliedstaaten wird die Maßnahme, denjenigen innovative Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, die am stärksten gefährdet sind, als *oberste Priorität* der europäischen Politik im Bereich der Armutsbekämpfung angesehen. Hierzu gehören Luxemburg (46%), Irland (44%), Malta (43%) und das Vereinigte Königreich (34%).

Auch in den Niederlanden erhalten die beiden obig genannten Initiativen mit gleich häufigen Nennungen *oberste Priorität* (38%).

In keinem der Mitgliedstaaten wird der Kampf gegen Diskriminierung als oberste Priorität genannt. Nur in Finnland wählen mehr als ein Drittel der befragten Personen diese Maßnahme (34%).

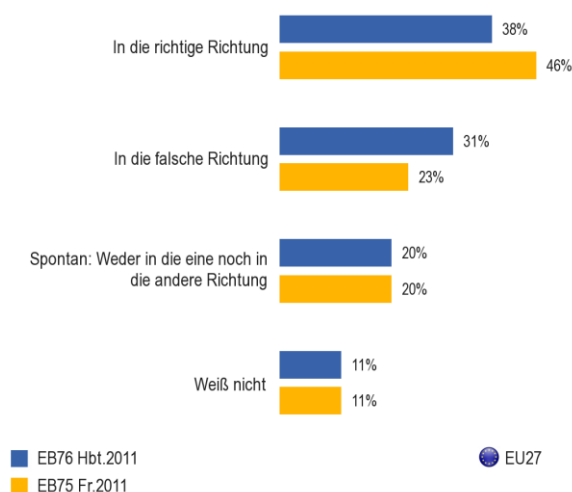
In Bezug auf die Fragen insgesamt können wir feststellen, dass es gewisse Unterschiede zwischen den Ländergruppen gibt. Noch ausgeprägter sind diese zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Hinsichtlich des soziodemografischen Profils der befragten europäischen Bürger aber können nur ausgesprochen geringe Unterschiede ausgemacht werden. Von den länderspezifischen Besonderheiten bei der Wahl der *obersten Priorität* einmal abgesehen, möchten wir daran erinnern, dass die 19 Initiativen, die von einer absoluten Mehrheit aller Befragten in der Gesamtwertung in Bezug auf ihre vorrangige Bedeutung auf europäischer Ebene unterstützt werden, dasselbe Maß an Unterstützung in nahezu allen Fällen auf Länderebene genießen. Wie schon anlässlich der Frühjahrsumfrage 2011 festgestellt, gibt es demzufolge einen allgemeinen und übergreifenden Konsens innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bildung und Beschäftigung für junge Menschen zu fördern, um die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme sowie den Zugang aller zu den Gesundheitssystemen zu gewährleisten und um umweltfreundliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

4. DIE RICHTUNG, IN DIE SICH DIE EUROPÄISCHE UNION ZUR BEWÄLTIGUNG DER KRISE ENTWICKELN SOLL

- Die Maßnahmen, die die Europäischen Union zur Bewältigung der Krise ergreift, werden zunehmend schlechter bewertet -

Während die EU-Bürger die Bedeutung der Leitinitiativen, die Umsetzbarkeit der Zielvorgaben sowie den vorrangigen Charakter der im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegten Maßnahmen in dieser Umfrage ausgesprochen stabil bewerten, haben sich die Meinungen über die Richtung, in die sich die Europäische Union zur Überwindung der Krise bewegen soll, deutlich verschlechtert.

QB10. Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?



Geringfügig weniger als vier EU-Bürger von 10 (38%) sind mittlerweile der Ansicht, dass sich die EU «in die richtige Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen». Dieser Anteil geht im Vergleich zum Eurobarometer vom Frühjahr 2011 (EB75) um 8 Punkte zurück. Ein Anteil von 31% hingegen vertritt die Meinung, dass sich die EU in die falsche Richtung bewegt. Dieser Anteil ist um 8 Punkte angestiegen. Einer von fünf Befragten (stabil) erklärt *spontan*, dass sich die EU weder in die eine noch in die andere Richtung bewegt

und 11% (stabil) äußern hierzu keine Meinung. Die Stabilität der Antwort «weder noch» und der Anteil der Befragten ohne Meinung zeigt, dass es innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung eine negative Verschiebung der Wahrnehmung in Bezug auf die von der EU angewandten Maßnahmen zur Überwindung der Krise gegeben hat.

Die positiven Bewertungen sind um neun Punkte innerhalb der Mitgliedstaaten gesunken, die die Einheitswährung nicht eingeführt haben, um acht Punkte in den EU15-Ländern, um sieben Punkte innerhalb der Eurozone und um sechs Punkte innerhalb der NEM12. Durch diese negative Entwicklung hat sich das Verhältnis zwischen positiver und negativer Bewertung in den EU15-Ländern (35% gegenüber 33%) und den Mitgliedern der Eurozone (35% gegenüber 32%) erheblich verengt. Trotz alledem überwiegen größtenteils in den NEM12 (51% gegenüber 23%) sowie in den Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören (46% gegenüber 29%) nach wie vor die positiven Beurteilungen.

Die Tendenz, dass die Bürger die Aussage, die EU bewege sich in die richtige Richtung, um die Krise zu überwinden, in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union negativer beurteilen, ist mit Ausnahme von Lettland (+2 Punkte), Schweden (+1 Punkt) und Dänemark (+1 Punkt) deutlich spürbar. Insbesondere im Vereinigten Königreich (-17 Punkte), Rumänien (-14 Punkte), Irland (-14 Punkte), Belgien (-12 Punkte), der Slowakei (-12 Punkte), Spanien (-12 Punkte), Ungarn (-9 Punkte) Italien (-8 Punkte) tritt diese Verschlechterung im Rahmen der vorliegenden Umfrage deutlich zutage. Diese Tendenz macht sich also besonders in Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien bemerkbar, deren Bürger sich schon in der vorherigen Umfrage vom Frühjahr 2011 deutlich kritischer als der europäische Durchschnitt gegenüber dem von der EU zur Bewältigung der Krise eingeschlagenen Weg gezeigt haben, als in Ländern, wie Rumänien, Belgien oder der Slowakei, in denen diese Politik von deutlich höheren Anteilen als im europäischen Durchschnitt unterstützt wurde.

In Anbetracht dieser Entwicklungen überwiegt mittlerweile in fünf Mitgliedstaaten der Anteil an Befragten, die eine negative Beurteilung abgeben, und zwar in Spanien (46% gegenüber 28%, die die Antwort «bewegt sich in die richtige Richtung» wählen), in Griechenland (42% gegenüber 32%), im Vereinigten Königreich (42% gegenüber 32%), Italien (34% gegenüber 21%) sowie in Portugal (33% gegenüber 30%). Bei der vorherigen Standard Eurobarometer-Umfrage 75 im Frühjahr 2011 war das nur in Griechenland der Fall.

Die positiven Beurteilungen überwiegen demzufolge in 23 Mitgliedstaaten und erreichen ihre höchsten Werte in Schweden (67%), Litauen (65%), Bulgarien (60%), Polen (57%) und Finnland (57%). In Frankreich fällt der Vorsprung der positiven Beurteilungen deutlich knapper aus (37% gegenüber 35%). In 10 Mitgliedstaaten überwiegen die positiven Bewertungen bzw. liegen mit 50% gleichauf, während diese Situation in der vorherigen Umfrage im Frühjahr 2011 noch in 17 Mitgliedstaaten gegeben war. In Rumänien, Belgien, der Slowakei, Ungarn, Luxemburg, der Tschechischen Republik und den Niederlanden entscheidet sich nur noch eine relative Mehrheit der Befragten für eine positive Beurteilung, während es in der vorherigen Umfrage des Standard Eurobarometer 75 im Frühjahr 2011 noch eine absolute Mehrheit war.

Die soziodemografische Analyse zeigt in erster Linie, dass die Richtung, in die sich die europäische Union bewegt, um die Krise zu überwinden, umso positiver wahrgenommen wird, je jünger die Befragten und je besser sie sozial gestellt sind. So bewerten 48% der 15-24-jährigen die Richtung, in die sich die EU bewegt, um die Krise zu überwinden, als positiv, im Vergleich zu 35% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Eine positive Bewertung geben außerdem 46% der Personen ab, die ihre Ausbildung nach dem Alter von 19 Jahren fortgeführt haben, 48% der Studenten, 48% der Führungskräfte, 45% der Personen, die sich selbst auf der sozialen Leiter oben positionieren, aber nur 28% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben, 39% der Arbeiter, 34% der Arbeitslosen, 31% der Hausfrauen und -männer sowie 33% der Personen, die ihre Position auf der sozialen Leiter eher unten einschätzen.

Zweitens zeigt die soziodemografische Analyse, dass die Tendenz, die Dinge deutlich weniger positiv zu sehen, auf die gesamte europäische Bevölkerung zutrifft und demzufolge auch diejenigen Bürger einschließt, die der EU gegenüber positiv eingestellt sind und nicht nur die EU-kritischen Bürger. Das heißt, die positiven Meinungen gehen sowohl bei den Befragtenkategorien zurück, die traditionell der Europäischen Union wohlwollend gegenüberstehen, als auch bei den Kategorien, die traditionell der EU eher kritisch gegenüberstehen:

- Im Vergleich zum Standard Eurobarometer 75 vom Frühjahr 2011 sinken die positiven Beurteilungen der Maßnahmen, die die Europäische Union zur Überwindung der Krise ergreift (für die Gesamtheit aller europäischen Bürger wird ein Rückgang von acht Punkten festgestellt) etwa um sechs Punkte bei den Männern, um acht Punkte bei den 15-24-Jährigen, um sieben Punkte bei den Befragten, die ihre Ausbildung nach dem Alter von 19 Jahren fortgeführt haben, um 11 Punkte bei den Studenten, um neun Punkte bei den Führungskräften sowie den Personen, die sich auf der sozialen Skala oben ansiedeln
- Gleichzeitig sinken die positiven Beurteilungen um 10 Punkte bei den Frauen, um sechs Punkte bei den Personen im Alter von 55 und darüber, um sieben Punkte bei den Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben, um neun Punkte bei den Arbeitslosen, um acht Punkte bei den Hausfrauen und -männern sowie um sechs Punkte bei den Personen, die sich auf der sozialen Skala unten positionieren.

QB10 Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

	In die richtige Richtung	In die falsche Richtung	Weder in die eine noch in die andere Richtung (SPONTAN)	Weiß nicht
EU27	38%	31%	20%	11%



Geschlecht

Männlich	42%	32%	18%	8%
Weiblich	35%	30%	22%	13%



Alter

15-24	48%	27%	17%	8%
25-39	40%	31%	19%	10%
40-54	36%	33%	20%	11%
55 +	35%	31%	22%	12%



Ausbildung (Ende der)

15-	28%	36%	22%	14%
16-19	37%	32%	21%	10%
20+	46%	26%	18%	10%
Studiert noch	48%	26%	17%	9%



Berufliche Situation der Befragten

Selbstständige	35%	33%	23%	9%
Leitende Angestellte	48%	25%	18%	9%
Andere Angestellte	39%	30%	21%	10%
Arbeiter	39%	33%	18%	10%
Hausfrauen / -männer	31%	31%	22%	16%
Arbeitslose	34%	38%	18%	10%
Rentner / Pensionäre	35%	31%	22%	12%
Schüler / Studenten	48%	26%	17%	9%



Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen

Meistens	28%	39%	22%	11%
Gelegentlich	33%	35%	21%	11%
Nahezu nie	43%	28%	19%	10%

Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala

Niedrig (1-4)	33%	36%	20%	11%
Mittel (5-6)	38%	30%	21%	11%
Hoch (7-10)	45%	29%	17%	9%